

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zł, mit Zustellgeld 4.80 zł. Bei Postbezug monatl. 4.89 zł, vierteljährlich 14.66 zł. Unter Streifenband in Polen monatl. 8 zł. Danzig 3 G., Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr., Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung zc.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Millimeterzeile 15 gr., die einpaltige Reflamezeile 125 gr., Danzig 10 bzw. 80 P., Deutschland 10 bzw. 70 Pf. Übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigerem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postfachkonten: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 139

Bromberg, Mittwoch den 21. Juni 1933

57. Jahrg.

Die Angleichung in Danzig.

Wer sich dem Glauben hingeeben hat, die nationalsozialistische Revolution in Deutschland sei nichts anderes, als ein radikaler Regierungswechsel, wird gerade in den letzten Tagen eines anderen belehrt. Die machtvolle Bewegung Adolfs Hitlers hat zunächst den Kommunismus fortgesetzt und den Marxismus Severings erstickt. Jetzt greift der Totalitätsanspruch immer stärker auf die rechtsstehenden verbündeten Gruppen über und beansprucht die Führung der evangelischen Kirche. Übrig bleibt vorerst nur noch das Zentrum, das freilich längst seine früher entscheidende Rolle als Zünglein an der Waage ausgespielt hat. Unberührt läßt man auch die katholische Kirche, der keine Erinnerung an ein Landeskirchentum anhaftet.

In Danzig wird heute die erste nationalsozialistische Regierung gewählt. Sie besteht aus zwölf Senatoren, von denen zehn von der herrschenden Partei besetzt werden, während zwei Regierungsmitglieder als Vertrauensleute des Zentrums aufgenommen sind. Die Deutschen nationalen sind an der Regierungsbildung nicht mehr beteiligt. Man hat ihre Stimmen nicht einmal zur qualifizierten Mehrheit nötig. Die Sozialdemokraten bilden eine völlig bedeutungslose Opposition.

Heute:

Wahl der neuen Danziger Regierung.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

In der Volkstagsitzung am heutigen Dienstag, dem 20. d. M., soll bereits die neue Regierung gewählt und vereidigt werden. Außer Dr. Rauschnig (Präsident, Landwirtschaft und Außenpolitik) und Greiser (Innere), deren Persönlichkeit als die der beiden die neue Regierung tragenden Männer in der „Deutschen Rundschau“ bereits eingehend gewürdigt ist, werden folgende neue Namen genannt: Mittelschullehrer Walbert Boed als Kultusminister (NSDAP), Hochschulprofessor Hoepfner als Bauingenieur, der frühere nationalsozialistische Volkstagsabgeordnete und stellvertretende Leiter des Landesamtes Hans Albert Hohnfeld als Sozialsenator, Diplomingenieur Huth als Betriebsminister und Medizinalrat Dr. Klud (NSDAP) als Senator für Gesundheitswesen. Von Mitgliedern der jetzigen Regierung werden wiederkehren: Julius Hoppenrath als Finanzsenator, der schon, als er noch dem Block der nationalen Sammlung angehörte, aus seinen Sympathien für die NSDAP kein Hehl machte und vom Zentrum der bisherige Vizepräsident des Senats Dr. Wiercinski-Reiser als Justizsenator, sowie Prälats Sawascki, der seit Bestehen der Freien Stadt allen Regierungen angehört hat und mit seinen 60 Jahren wohl das älteste Mitglied der Regierung sein wird und aus Pollnitz im Kreise Schöchan gebürtig ist.

Von den neuen Männern stammen Dr. Rauschnig aus Thorn, Greiser aus Schroda (Posen), Hohnfeld aus Kerschawasser, Hoppenrath aus Klein Buzig, Klud aus Danzig, Boed aus Wielkopolka im Kreise Briesen. Die meisten Mitglieder der neuen Regierung stammen also aus dem ehemaligen Westpreußen und Posen.

Der zum Senator ausersehene Abgeordnete Bertling ist aus der Deutschnationalen Partei ausgetreten und ist in die Nationalsozialistische Partei als Hospitant eingetreten. Er ist von Beruf Tischler. Der gleichfalls zum Senator ausersehene Abg. von Wnuch, der gleichzeitig Vorsitzender des Danziger Volkstages sein wird, wird nach einer bestimmten Zeit seinen Posten als Senator aufgeben. Sein Ressort wird von dem neuen Vizepräsidenten des Senats übernommen werden, der gleichzeitig das Wirtschaftsreferat übernehmen wird. Die Persönlichkeit dieses Vizepräsidenten und Wirtschaftsführers, die voraussichtlich aus Deutschland geholt werden soll, steht noch nicht fest. Vorläufig wird der Abg. Greiser als Innenminister gleichzeitig die Funktionen eines Vizepräsidenten des Senats übernehmen.

Zum Scheitern der Verhandlungen zwischen Nationalsozialisten und Deutschnationalen in Danzig

wird dem Zentrumsorgan von deutschnationaler Seite folgendes mitgeteilt:

Die Verhandlungen, welche seitens der Deutschnationalen Front durch den Präsidenten Dr. Ziehm und seitens der NSDAP durch den Abgeordneten Greiser am Mittwoch und Sonnabend geführt wurden, hatten folgenden Verlauf:

Der Abg. Greiser überbrachte im Auftrage von Herrn Dr. Rauschnig folgende Forderungen, die er als Voraussetzung für den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung bezeichnete:

1. Die Deutschnationalen sollten den Kampf ring auflösen.

SA. und SS. in Oesterreich verboten. Der NSDAP. jede Betätigung untersagt!

Wien, 20. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Ein außerordentlicher Ministerrat hat in den späten Abendstunden des gestrigen Ministerrat für das ganze österreichische Gebiet die SA. und SS. verboten und der NSDAP. jede Betätigung, sowie die Bildung von Parteiorganisationen untersagt. In einer amtlichen Begründung heißt es, daß die Beteiligung der NSDAP.-Angehörigen an den letzten Attentaten erwiesen sei. In Wien ist sofort nach dem Beschluß des Ministerrates die Polizei und die Garnison in Alarmbereitschaft versetzt worden. Für Übertretung des Verbotes wurden scharfe Geld- und Gefängnisstrafen angedroht.

In Krems an der Donau wurde auf eine Gruppe der christlich-deutschen Turnerschaft ein Handgranaten-Anschlag verübt, wobei sieben Personen schwer verletzt wurden. Für drei von ihnen besteht Todesgefahr. Das Verbot der NSDAP. in Oesterreich soll in erster Linie auf diesen Anschlag zurückzuführen sein.

Wien, 20. Juni. (PA.) Amtlich wird mitgeteilt, daß es der Wiener Polizei gelungen sei, alle Urheber der letzten Anschläge in Oesterreich ausfindig zu machen. Sie gehören den nationalsozialistischen SA- und SS-Formationen an. Am letzten Sonnabend haben zwei verhaftete Nationalsozialisten bekannt, daß sie an den Anschlägen beteiligt waren und haben Einzelheiten über die Art der Herstellung und die Herkunft der Bomben mitgeteilt. Sie sollen, der amtlichen Mitteilung zufolge, fünf führende Mitglieder der nationalsozialistischen Organisationen Oesterreichs als geistige Urheber genannt haben. Zwei Führer sind noch am Sonnabend ver-

haftet worden. Die drei weiteren Mitglieder werden noch gesucht. Es wird jedoch angenommen, daß sie inzwischen nach Deutschland geflohen sind.

19 Personen wegen des Anschlages bei Krems verhaftet.

Wien, 20. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Wie aus Krems an der Donau berichtet wird, sind im Zusammenhang mit dem am Montag verübten Anschlag auf die Affistenz-Kompanie insgesamt 19 Personen verhaftet worden. Unter ihnen befinden sich der Scharführer der Nationalsozialistischen Partei, Mosel, der beschuldigt wird, die Tat begangen zu haben. Auch der Name eines zweiten Beschuldigten soll bereits bekannt sein. Nach ihm wird gefahndet. Den übrigen Verhafteten wird Mittäterschaft zur Last gelegt. Das Befinden der bei dem Anschlag Verletzten ist zufriedenstellend. Es wird angenommen, daß auch die Schwerverletzten mit dem Leben davorkommen werden.

Der Bundesführer der österreichischen Heimwehren, Fürst Starheimberg, erläßt einen Aufruf, in dem zur Ruhe und Disziplin aufgefordert wird.

Erste Antwort aus Deutschland.

München, 20. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der „Völkische Beobachter“ schreibt zum Verbot der NSDAP in Oesterreich: Der Kampf werde nicht früher abgebrochen werden, als bis die Unglücksfälle und Volksverräter Dollfuß, Baugoin usw. davongejagt seien.

2. Sie sollten sich der Führung der NSDAP. unterstellen und dies öffentlich erklären.

3. Sie sollten ihren Landesführer, Rechtsanwalt Weise und den Geschäftsführer Steinhoff aus ihren führenden Stellungen entfernen.

4. Die Persönlichkeiten, denen die den Deutschnationalen überlassenen Stellen anvertraut würden, müßten der NSDAP. genehm sein.

Präsident Dr. Ziehm erklärte: Über die Personfrage würde man sich schnell einigen; denn die Deutschnationalen hätten Personen in Aussicht genommen, die den von Herrn Dr. Rauschnig geäußerten Wünschen entsprechen. Aber die übrigen Forderungen ließen erkennen, daß das Angebot, die Deutschnationalen in die Regierung hineinzunehmen, nicht ernst sei. Jeder, der im politischen Leben stehe, müsse sich sagen, daß solche Forderungen nicht angenommen werden können, weil ihre Erfüllung mit der Würde und Ehre einer Partei nicht vereinbar sei und auf eine Auflösung der Deutschnationalen Front hinausliefe. Die Forderungen hätten mit der Regierungsbildung überhaupt nichts zu tun, sie betrafen die innere Organisation der Deutschnationalen, die lediglich die Deutschnationalen selbst etwas angehe. Wenn die NSDAP. die Deutschnationalen in die Regierung nicht hineinhaben wolle, so sollte sie das lieber offen sagen. Die Deutschnationalen seien sich darüber klar, daß die NSDAP. infolge ihrer Mehrheit im Parlament allein in der Lage wäre, die Regierung zu bilden; unter allen Umständen würden sie die alleinige Entscheidung im Senat und Volkstag erhalten. Wenn unter solchen Umständen die Deutschnationalen bereit seien, in die Regierung zu gehen, so täten sie es, weil sie die großen Schwierigkeiten kennen, unter denen der Danziger Staat sich befindet und weil namentlich aus außenpolitischen Gründen eine möglichst große Verbreiterung der Regierungsbasis im Interesse Danzigs läge. Die Deutschnationalen hätten, um die Voraussetzung für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zu schaffen und um das Zusammenkommen zu erleichtern, ihrerseits überhaupt keine Forderungen für die Regierungsbildung gestellt. Bei der Aufrechterhaltung der untragbaren Forderungen der NSDAP. sei ein Zusammenkommen nicht möglich.

Dr. Ziehm erklärte, daß er nicht in der Lage sei, die Forderungen seinen Freunden zu übermitteln.

Da der Abgeordnete Greiser nicht autorisiert war, über die Forderungen zu verhandeln, wurde vereinbart, daß die Verhandlungen zwischen Herrn Dr. Ziehm und Herrn Dr. Rauschnig nach Rückkehr des letzteren aus Berlin am Sonnabend fortgesetzt werden sollten und endgültig zu Ende geführt werden sollten. Dabei sollte Dr. Ziehm seinerseits Vorschläge machen.

Zu diesen Verhandlungen ist es überhaupt nicht gekommen. Am Sonnabend erschien wiederum Herr Abg. Greiser allein und erbat sich im Auftrage von Herrn Dr. Rauschnig Bescheid, ob die geäußerten Forderungen seitens der Deutschnationalen angenommen seien. Dr. Ziehm bedauerte, daß Herr Dr. Rauschnig nicht erschienen sei und gab seinem Erstaunen Ausdruck, daß nach den letzten Besprechungen der NSDAP. auf die unannehmbaren Forderungen überhaupt zurückzukommen und auf Verhandlungen sich überhaupt nicht einließen. Das

sei um so unverständlicher, als, wie ihm bekannt sei, dem Zentrum überhaupt keine Bedingungen gestellt seien.

Herr Greiser erklärte, er habe lediglich seinem Auftrag gemäß eine Antwort auf die Forderungen entgegenzunehmen. Herr Dr. Rauschnig werde den Deutschnationalen einen schriftlichen Bescheid zukommen lassen.

Am Sonnabend teilte dann Herr Dr. Rauschnig schriftlich mit, daß er „zu seinem großen Bedauern die Ablehnung ihrer Wünsche zur Kenntnis nehme und die Verhandlungen als gescheitert abschließen müsse.“

Die „Danziger Landeszeitung“ bemerkt dann von sich aus: Im Interesse Danzigs, das von innen- und außenpolitischen schweren Gefahren bedroht ist, müsse die Ausschaltung der Deutschnationalen von der Mitarbeit und Mitverantwortung in der Regierung außerordentlich bedauert werden. Daß die NSDAP. überhaupt nicht den ernstesten Willen gehabt habe, mit den Deutschnationalen zu einer Einigung zu kommen, gehe daraus hervor, daß — wie nachträglich bekannt geworden sei — der Abg. Bajer stundenlang mit deutschnationalen Abgeordneten verhandelt hat, um sie zum Übertritt in die NSDAP. zu bewegen und dabei wörtlich geäußert hat, „die Deutschnationalen werden unter keinen Umständen in die Regierung kommen.“ Die NSDAP. werde ihnen solche Bedingungen stellen, die sie unter keinen Umständen annehmen können.“

Eine Erklärung Dr. Rauschnings.

Auch der künftige Präsident Dr. Rauschnig hat eine Erklärung herausgegeben, derzufolge die NSDAP. von vornherein nicht beabsichtigt habe, eine ausgesprochene Koalition einzugehen, da sie ja in der Lage sei, ausschließlich aus eigenen Kräften eine Regierung zu bilden. Sie habe, als sie an die Deutschnationalen und an das Zentrum herangetreten sei, nur die Grundlage des Vertrauens durch Herinnahme von Persönlichkeiten der anderen Parteien erweitern wollen. Ohne besondere Bedingungen sei mit dem Zentrum schnell eine Übereinstimmung über die künftige Regierungspolitik gelungen. Den Deutschnationalen hätten aber bei der immer noch bestehenden Kampfstimmung einige Wünsche unterbreitet werden müssen. Diese Wünsche seien selbstverständlich und berechtigt gewesen vom Standpunkt der NSDAP. hätten aber leider kein Entgegenkommen gefunden. Es sei daher nicht die Schuld der NSDAP., wenn abermals durch eine wenig elastische Führung der DWV die Verständigung mißglückt sei und wertvolle Kräfte für den Wiederaufbau Danzigs außerhalb einer geschlossenen Front geblieben seien.

Die Grundzüge der künftigen Regierungspolitik, die zur Übereinstimmung mit dem Zentrum führten, sind nach der Landeszeitung: Achtung der Verfassung und Verträge, Betonung des christlichen Standpunktes, Unabhängigkeit der Rechtsprechung, Gleichberechtigung und gleiche Behandlung aller Danziger Staatsbürger, enge wirtschaftspolitische Anlehnung an das Reich.

Kommunistischer Antrag im Volkstag.

Die Kommunisten beginnen bereits den Kampf gegen die Nationalsozialisten im Volkstag, indem sie nachstehenden Antrag eingebracht haben, in welchem sie Wahlforderungen und Wahlversprechungen aus dem Wahlkampf aufgegriffen haben. Der Antrag lautet:

„Wir beantragen, der Volkstag wolle beschließen: Der Senat wird beauftragt, sofortige Verhandlungen mit den dafür berufenen Stellen einzuleiten mit dem Ziel:

1. Aufhebung aller Vorrechte Polens gegenüber der Freien Stadt Danzig;
2. Änderung des Zollverteilungsschlüssels zugunsten Danzigs;
3. Beseitigung aller polnischen Boykottmaßnahmen gegen Danziger Waren;
4. Liquidierung des polnischen Munitionslagerplatzes auf der Westerplatte.“

Neue Danziger Staatsbank?

Wie die „Danziger Landeszeitung“ aus nationalsozialistischen Kreisen hört, bestehen bei den Nationalsozialisten Pläne, nach der Neubildung der Regierung in Danzig in engstem Zusammenhang mit der Bank von Danzig eine

Danziger Staatsbank nach dem Muster und dem Aufgabenkreis der preussischen „Seehandlung“ ins Leben zu rufen. Diese Bank soll Aufgaben übernehmen, zu deren Durchführung die als unabhängige Notenbank gegründete Bank von Danzig — die in ihrer Unabhängigkeit bestehen bleiben soll — auf Grund ihrer Lage nicht in der Lage ist. Der Aufgabenkreis der neuen Staatsbank soll eng umrissen werden, sie soll auch nicht in den Aufgabenkreis der Städtischen Sparkasse eingreifen.

Polnische Beschwerde beim Hohen Kommissar wegen Führung der Auswärtigen Angelegenheiten Danzigs.

Wie aus polnischer Quelle verlautet, hat der polnische diplomatische Vertreter in Danzig dem Hohen Kommissar des Völkerbundes einen Entschuldigungsantrag auf Grund des Artikels 39 der Pariser Konvention überreicht, in dem die Feststellung verlangt wird, daß die Freie Stadt Danzig Beziehungen zu anderen Staaten ausschließlich durch Vermittlung Polens unterhalten dürfe. In der Note wird behauptet, daß die Freie Stadt Danzig diese Verpflichtung in einigen Fällen verletzt hätte. Vom Hohen Kommissar wird verlangt, daß er diese angeblichen Verletzungen der Freien Stadt feststellen möchte.

der Öffentlichkeit den falschen Eindruck erwecken dürfen, als ob sie mit der NSDAP in irgendwelchem Zusammenhang stehen.

Die Auslands-Ortsgruppen der NSDAP werden hier von nicht berührt.

Die Deutschen verlassen die Arbeits-Konferenz.

Berlin, 20. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer amtlichen Mitteilung hat die deutsche Abordnung an der internationalen Konferenz in Genf infolge der banalen und schweren Beleidigungen gegenüber Deutschland sich gezwungen gesehen, die Konferenz zu verlassen.

Amerika weist Polen zurecht. Eine amerikanische Note.

Washington, 20. Juni. (P.M.) Der amerikanische Staatssekretär Phillips hat gestern dem polnischen Botschafter in Washington eine Denkschrift folgenden Inhalts überreicht:

Die Regierung der Vereinigten Staaten bestätigt den Empfang der Note der Polnischen Regierung, in welcher diese ihren Standpunkt bezüglich ihrer am 15. Juni 1933 fällig gewordenen Schuldenverpflichtungen gegenüber der Regierung der Vereinigten Staaten feststellt. Die Regierung der Vereinigten Staaten bemerkt hierzu, daß die Polnische Regierung weder ganz noch teilweise ihren Verpflichtungen nachgekommen ist, die sich aus den zwischen den beiden Regierungen bestehenden Verträgen ergeben. Die Regierung der Vereinigten Staaten ist daher gezwungen, mit aller Offenheit auf die Folgeerscheinungen hinzuwirken, die sich aus einer Nichterfüllung der Verpflichtungen der Polnischen Regierung in Bezug auf die am 15. Dezember 1932 fällig gewesene Schuldentrate ergeben. Diese Rate ist bisher weder bezahlt noch ist sie zwischen den Staaten neu geregelt worden. Die Regierung der Vereinigten Staaten hebt daher mit besonderem Nachdruck hervor, daß die Polnische Regierung mit einer Nichtbezahlung dieser Raten sich auf den Grundsatze der Zahlungsunfähigkeit stellt.

Frankreich ist peinlich berührt.

Paris, 20. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Zu der amtlichen amerikanischen Erklärung, daß Schuldenverhandlungen mit Frankreich erst nach Zahlung der fälligen Raten aufgenommen werden könnten, schreibt die der Regierung nahestehende „Ere Nouvelle“, Herriot habe doch recht gehabt, als er im Dezember die Zahlung der fälligen Rate an Amerika verlangte. Wäre damals die Kammer Herriot gefolgt, so hätte sie Frankreich die trockene Antwort Washingtons erspart und hätte es außerdem vermieden, daß Frankreich auf die schwarze Liste kommt. Es sei bedauerlich, daß man Amerika Gelegenheit gegeben habe, eine so unfreundliche Antwort zu erteilen, die aber im Grunde genommen sehr verständlich sei.

Paris, 20. Juni. (P.M.) Der „Temps“ berichtet aus Washington, daß die amtlichen Kreise endgültig den Beschluß gefaßt haben, Frankreich für die nächste Konferenz zur Regelung der Kriegsschuldenfrage nicht einzuladen, sofern Frankreich nicht vorher allen seinen Verpflichtungen nachkommt, die sich aus der Nichtzahlung der Dezemberrate vorigen Jahres und der Juniquote dieses Jahres ergeben.

Blutiger Kampf mit Kommunisten.

Warschau, 19. Juni. (P.M.) In einigen Gemeinden der Woiwodschaft Krakau wurden seit längerer Zeit kommunistische Agitationen wahrgenommen. Die kommunistische Propaganda wurde durch Flugblätter staatsfeindlichen Inhalts unterstützt. Die örtlichen Polizeibehörden haben energische Nachforschungen angestellt, um die Führer dieser kommunistischen Agitation festzustellen. Als bei einer Polizeistreife mehrere Polizisten am Sonnabend in den späten Abendstunden das Dorf Grabina in der Nähe von Krakau verließen, wurden sie aus dem Hinterhalt von einer größeren Gruppe, die sich im Getreide versteckt hielt, überfallen. Die Angreifer stürzten sich auf die Polizeipatrouille mit Zaunlaten und Knüppeln und gaben auf die Polizisten mehrere Revolverschläge ab. Eine Revolverkugel traf einen Polizisten, drei andere Polizeibeamte trugen Verletzungen davon. Die Polizei war gezwungen, von ihrer Waffe Gebrauch zu machen. Dabei wurden vier Angreifer verletzt. Eine Person starb auf dem Wege zum Krankenhaus. Die Polizei hat eine energische Untersuchung eingeleitet.

Kleine Rundschau.

Leichtes Erdbeben in Nord- und Mittel-Japan.

Tokio, 20. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Nord- und Mittel-Japan wurden am Montag früh von einem Erdbeben heimgesucht, das jedoch keinen größeren Schaden anrichtete, obwohl es 2 1/2 Minuten lang andauerte. In verschiedenen Orten eilten die Einwohner auf die Straßen.

Lastkraftwagen mit 41 Blinden eine Böschung hinabgestürzt.

Frendenstadt (Württemberg), 20. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Unterhalb des Ortes Ellenbogen im Schwarzwald trug sich am Montag ein schweres Unglück zu. Die im Kloster Heiligenbrunn, oberhalb Oberndorf, untergebrachten Blinden machten in Begleitung von Schwefelern der Anstalt einen Kraftwagenausflug. Der mit 41 Personen besetzte Wagen geriet auf dem Rückwege aus bis jetzt noch unbekanntem Grund aus der Fahrbahn und stürzte die außerordentlich steile Böschung hinab. Das Auto überschlug sich und begrub die Insassen unter sich. Fünf Personen, sämtlich Blinde, darunter vier Männer und ein Mädchen, waren sofort tot. Eine Reihe von Schwerver- und Leichtverletzten wurde in das Bezirkskrankenhaus Freudenstadt gebracht.

Verlangen Sie überall

auf der Reise, im Hotel, im Restaurant, im Café und auf den Bahnhöfen die

Deutsche Rundschau.

Die Nationalsozialisten schaffen den Totalen Staat.

Unter großer Anteilnahme aus dem ganzen Lande begann am Sonnabend in Weimar der Gauparteitag der NSDAP Thüringen mit einem Kongreß der Amtswalter, SA, SS und Hitler-Jugend.

Beachtenswerte Ausführungen machte Reichsstatthalter Sander, der zunächst über den Sinn des Gauparteitages sprach und dann unter großem Beifall für die Landesregierung und den Thüringer Staat die Totalität des Nationalsozialismus verkündete.

„Ich befehle Ihnen nunmehr“, so sagte er, „die Intoleranz gegen alles andere. Es darf in Thüringen für die Zukunft nur einen politischen Glauben geben. Das ist der Glaube und die Idee des Nationalsozialismus.“ In diesem Kampfe werde man zu erreichen wissen, daß die Jugend nur dem Nationalsozialismus und Adolf Hitler allein gehöre. Das Recht zu dieser Intoleranz nähmen die Nationalsozialisten aus der Notwendigkeit des einheitlichen Denkens und Handelns der gesamten Nation. Diskussionen über Dinge, die unser Leben und die Existenz des Volkes berührten, dürfe es nicht mehr geben. Mit dem Stempel des Verräters müsse derjenige gebrandmarkt werden, der es wage, die Wichtigkeit der nationalsozialistischen Weltanschauung in Zweifel zu ziehen.

Vor Gleichschaltung sämtlicher Jugendverbände?

Aus Schwerin (Mecklenburg) wird gemeldet:

Bei dem großen Aufmarsch der Hitlerjugend und des Jungvolkes von Mecklenburg-Lübeck vor dem Schweriner Schloß hielt Reichsstatthalter Sildebrandt, von den 5000 Jungen und Mädchen mit einem dreifachen Siegesheil begrüßt, eine Ansprache, in der er darauf hinwies, daß die Hitlerjugend mit ihrem ganzen Leben nur dem Volk und Vaterland zu dienen habe.

Unter tosendem Beifall teilte der Reichsstatthalter dann mit, daß in der kommenden Woche in Mecklenburg-Lübeck sämtliche Jugendverbände aufgelöst und verboten würden. Auch die sogenannten christlichen Jugendorganisationen hätten nicht das Recht, an jungen deutschen Menschen staatspolitische und sozialpolitische Erziehungsmethoden zu versuchen. „Die körperliche Erziehung der deutschen Jugend und ihre Erziehung zur Volksgemeinschaft“, erklärte der Statthalter, werden wir allein in die Hand nehmen. Darum werden alle Heime und Besichtigungen der gesamten Jugendverbände Mecklenburgs und Lübecks der mecklenburgischen Hitlerjugend zur Verfügung gestellt.“

Reichsstatthalter Sildebrandt schloß mit einem Siegesheil auf den Reichskanzler und das ganze deutsche Volk.

Stahlhelm - Düsseldorf verboten.

Düsseldorf, 20. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der Regierungspräsident in Düsseldorf hat den Stahlhelm in seiner bisherigen Organisationsform bis auf weiteres verboten.

Die Auflösungs-Verfügung für die ostpreussischen Stahlhelm-Ortsgruppen aufgehoben!

Treuburg (früher Marggrabowa), 20. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Am Montag nachmittag fanden auf dem Landratsamt zwischen dem stellvertretenden Landrat und dem Landesführer des Stahlhelm Ostpreußen, Major a. D. Schoepfer, im Beisein des Standartenführers Bethke-Goldap Verhandlungen über die Auflösung der Ortsgruppe des Stahlhelm in Scharnyken und sechs weiterer Stahlhelmformationen statt, die folgendes Ergebnis hatten:

Die Verfügung des stellvertretenden Landrats vom 16. Juni 1933/zh. 23 betr. Auflösung der Ortsgruppe des Stahlhelm in Scharnyken usw. wird aufgehoben, nachdem folgende Vereinbarung getroffen worden ist:

1. Der Landesführer tritt der Maßnahme des stellvertretenden Landrats betr. die Auflösung der Ortsgruppe des Stahlhelm in Scharnyken bei. Mit der Neubildung der Ortsgruppe wird Herr Kurt Kalweit in Stöhnen beauftragt.
2. Bis 1. Oktober 1933 werden im Kreise Treuburg keine Anwärter für den Stahlhelm verpflichtet.
3. Der Kreis-Stahlhelmführer steht dafür ein, daß die seit dem 30. Januar neu hinzugetretenen Stahlhelmanwärter die vorgeschriebene Anwärterzeit durchmachen. Diese beträgt für gewöhnlich drei Monate, bei früher links gerichteten Personen sechs Monate. Über Abführung der Anwärterzeit entscheidet allein der Kreis-Stahlhelmführer. Die Anwärter tragen bestimmungsgemäß weder Abzeichen noch Uniformstücke und sind von öffentlichen Umzügen ausgeschlossen, die unter Vorantragung der Fahne stattfinden.
4. Zur Beilegung von Streitigkeiten innerhalb der Wehrverbände wird die Bildung eines paritätisch zusammengesetzten Ehrengerichts in Aussicht genommen.“

Die „Trenburger Zeitung“ erfährt hierzu ergänzend, daß weiterhin vorgeesehen ist, daß die Anwärterlisten des Stahlhelm der Kreispolizeibehörde zur Prüfung vorgelegt werden.

„Marxisten sind zu streichen“

Anordnung des Kampfringführers von Bismarck.

Im Zusammenhang mit dem Verbot des Deutschen nationalen Kampfringes in Dortmund hat der Reichskampfringführer der Deutschnationalen Front, Staatssekretär a. D. von Bismarck, folgendes erklärt:

„An verschiedenen Stellen des Reiches mehrten sich die Verdächtigungen, daß der Deutschnationale Kampfring kommunistische Elemente in seinen Reihen dulde. Der Reichskampfringführer hat am 2. 6. einen erneuten Befehl an sämtliche Untergliederungen des Deutschnationalen Kampfringes gerichtet, in dem schärfste Nachprüfung der Mitgliederlisten des Deutschnationalen Kampfringes angeordnet wurde. Obwohl von dem Eindringen zersetzender kommunistischer oder sonstiger marxistischer Elemente in die Kampfringe in keinem Fall die Rede sein kann, richtet der Reichskampfringführer von Bismarck, um allen weiteren Verdächtigungen den Boden zu entziehen, erneut den folgenden Befehl an alle Führer des Deutschnationalen Kampfringes:

„Ehemalige Angehörige der KPD. und SPD., des Reichsbanners oder ihrer Nebenorganisationen, die nach dem 30. Januar 1933 dem Kampfring beigetreten sind oder sich zum Beitritt angemeldet haben, sind sofort aus den Listen des Kampfringes zu streichen, wenn sie nach dem 1. Januar 1932 noch aktiv in den marxistischen Organisationen tätig waren.“

Der Vorstand der SPD. bleibt in Deutschland.

Berlin, 20. Juni. (P.M.) Gestern fand eine Sitzung des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei statt, an welcher der Vorstand der Reichstagsfraktion teilnahm. Die Konferenz bestätigte den Beschluß der Reichstagsfraktion, wonach der Sitz des Parteivorstandes in Deutschland verbleibt.

Justizminister Kerrl

zur Beförderung von Nationalsozialisten.

Der preussische Justizminister Kerrl hat einen bedeutenden Erlaß über die Beförderung von Mitgliedern der NSDAP innerhalb der Justizverwaltung herausgegeben. In diesem Erlaß heißt es u. a.:

„In Fällen, in denen die Beförderung eines führenden Mitarbeiters der NSDAP. oder eine für diesen vorteilhafte Versetzung oder sonstige Vergünstigung in Frage kommt, ist besonders zu prüfen, ob diese Beförderung oder sonstige Vergünstigung nicht dem Grundsatz, daß der Kämpfer zuletzt an sich denkt, zuwiderläuft. Jedenfalls muß es vollkommen ausgeschlossen sein, daß lediglich die Zugehörigkeit zur NSDAP. oder zu einer ihrer Formationen eine Beförderung oder sonstige Vergünstigung für den in Frage kommenden Beamten nach sich zieht.“

Kube — Führer des V. D. St.

Der Kyffhäuserverband der Vereine Deutscher Studenten (V.D.St.) hat Oberpräsident Wilhelm Kube zu seinem Führer berufen.

Kaiser Wilhelm über Hitler.

London, 20. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Kaiser Wilhelm II hat sich in einer Unterredung mit einem englischen Pressevertreter darüber ausgesprochen, daß Hitler das getan habe, was niemand habe tun können: er habe die ganze Nation mit einem gemeinsamen Geist belebt.

Nationalsozialismus und Auslandsdeutschtum.

Der stellvertretende Führer der NSDAP, Rudolf Heß, hat, wie NSK mitteilt, folgende parteiamtliche Bekanntgabe erlassen:

Die Reichsleitung lehnt es grundsätzlich ab, in die innenpolitischen Verhältnisse eines Gebietes außerhalb der deutschen Staatsgrenzen sich einzumischen. Sie lehnt es demgemäß auch ab, Parteigeübten außerhalb der Grenzen irgendwelche Weisungen oder Ratschläge zu geben, selbst wenn diese Parteigeübte der NSDAP entsprechend oder verwandt sind. Daher haben auch keine derartigen Parteiorganisationen das Recht, sich auf die Reichsleitung der NSDAP oder auf eine ihrer Untergliederungen zu berufen, so wenig wie sie etwa in

Bommerellen.

20. Juni.

Graudenz (Grudzjadz).

× Also doch Badestrand mit Bassin! Sonnabend mittag traf Wojewode Kirzicki mit dem Dampfer der Direktion des Wasserbauamtes auf der Weichsel bei Graudenz ein. Den Wojewoden begleiteten die Direktoren Born und Mackowski. Der Regierungsdampfer hielt für eine kurze Weile am Weichselufer gegenüber dem Rathaus. Dort hin begab sich Stadtpräsident Wlodek in Begleitung von Magistratsmitgliedern und Pressvertretern, mit denen der Wojewode eine kurze Besprechung abhielt. Dabei kam auch das von der Graudenzer Stadtverwaltung geplante Projekt der Erbauung einer weitgehenden, modernen Anforderungen entsprechenden Badegelegenheit am Weichselufer zur Erörterung. Der Wojewode zeigte sich dem Plane gegenüber sehr geneigt, der damit jetzt wohl greifbare Gestalt angenommen haben dürfte. Wie ein hiesiges Blatt meldet, soll bereits in den nächsten Tagen mit den Arbeiten begonnen werden. Als Platz der neuen Anlage ist eine Werftstelle auf dem jenseitigen Weichselstrande gegenüber dem Schlossberge bestimmt worden. Es wird sich dabei um die Einrichtung eines angemessenen Badestrandes sowie eines Innenbassins mit Zu- und Abfluß aus dem Weichselstrom handeln, mit deren Herstellung, wie es heißt, etwa 1000 Arbeitslose beschäftigt werden sollen. Die Beförderung des habelustigen Publikums zu der in Rede stehenden neuen Einrichtung soll dann, nach ihrer Inbetriebnahme, gegen minimale Gebühr mit dem Fährboot erfolgen.

× Einen Ausflug mit dem Dampfer „Courier“ nach Sartowitz unternahm am Sonntag nachmittags Pfarrer Gürtler mit den evangelischen kirchlichen Jugendvereinen und den Waisenkindern aus dem Borrmann-Stift. Bei schönstem, sonnigem Wetter trat das mit über 200 Personen gefüllte Schiff um 1 Uhr die Fahrt zum romantisch gelegenen, beliebten Ziele an. Muntere und fleißige Vorträge des Besorgenen gestalteten die zweistündige Weichseltour dorthin um so angenehmer. In Sartowitz wurde durchs Dorf zum großen und sehenswerten gräflichen Park gegangen. Nach erfolgter leiblicher Stärkung ging's mit lustiger Marschmusik zur Besichtigung des Parkes. Inzwischen war es Zeit geworden, sich zum Aufbruch zu rüsten, und so marschierten die Ausflügler, die trotz der gerade nicht allzu günstigen Wettergestaltung angeregteste Stimmung bewahrten, auf der Chaussee zum Dampfer zurück. Gegen 7 Uhr wurde dann die Rückfahrt angetreten, die, da es nun stromab ging, nur eine Stunde in Anspruch nahm. War auch nicht alles infolge der Wetterunbilden nach Wunsch gegangen, so herrschte bei den Heimgekehrten dank der ihnen während der Fahrt und am Ziele zuteil gewordenen verschiedenartigen Eindrücke doch volle Befriedigung.

× Bei dem starken Gewitter am Sonntag nachmittags sind, soweit bekannt geworden ist, in der Umgegend von Graudenz mehrere Brände durch Blitzschlag entstanden, u. a. in Sackrau (Zakurzewo), sowie in Gr. Sibaun (Bzowo), wo ein Wohnhaus in Flammen aufgegangen ist.

× Vor Taschendiebstahl kann man nicht genug vorsichtig sein. Fast täglich werden Personen von solchen Langfingeren bestohlen. Ein Opfer eines Taschendiebes wurde auch auf dem Schlachthof während des Marktes Andrzej Falpa aus Lubin, Kreis Schneß. Ihm stahl man aus der Tasche einen Geldebtrag von 40 Zloty.

Thorn (Toruń).

v. Von der Weichsel. Der Wasserstand hat infolge der letzten wolkenbruchartigen Regenfälle eine erhebliche Zunahme erfahren. Der Thorner Pegel zeigte Montag früh einen Wasserstand von 1,04 Meter über Normal — gegen 0,68 am Sonntag — an. — Dampfer „Nabziczka“ fuhr mit einem Kahn im Schleppe nach Warschau. Die Stadt passierten: Schlepper „Lubbeck“ mit 5 Kähnen und „Konariski“ mit 2 Kähnen, sowie Dampfer „Jagiello“ auf der Fahrt von Danzig nach Warschau; Passagierdampfer „Mars“ und „Francja“ auf der Fahrt von Warschau nach Danzig bzw. Dirschau.

* Professor Bernhard Günther †. Nachdem wir erst vor kurzer Zeit die Trauerkunde über das Hinscheiden des Gymnasialprofessors Dr. Wilhelm in Oliva unseren Lesern zur Kenntnis bringen mußten, erreicht uns heute die Nachricht, daß der Tod eine weitere Lücke in die Reihe der ehemaligen Lehrer des Thorner Gymnasiums gerissen hat. Am 12. d. M. verstarb in Kassel, wohin er 1920 von Thorn übersiedelte, der Gymnasialprofessor i. R. Bernhard Günther. Der Verstorbene stand Mitte der 70er Jahre. Als junger Lehrer kam er seinerzeit an die Thorner Anstalt, an der er bis zur politischen Umwandlung wirkte. Er entstammte einer alten Lehrerfamilie. In Bartenstein Dpr. war sein Vater Direktor des dortigen Gymnasiums.

v. Bevölkerungsbewegung im Jahre 1932. Die Einwohnerzahl der Stadt Thorn betrug am 1. Januar v. J. 54 280 Seelen. Im Jahre 1932 wurden in Thorn 1481 Geburten registriert, und zwar 754 Knaben und 727 Mädchen, hierunter 185 uneheliche Geburten (12,55 Prozent der Gesamtgeburten), und zwar 94 Knaben und 91 Mädchen. 42 Kinder kamen tot zur Welt. Die höchste Geburtenziffer erreichte der Monat Juli — 131, die niedrigste der Monat Oktober — 85. Die Zahl der Todesfälle im Jahre 1932 betrug 906, d. h. ca. 1,6 Prozent der Gesamtbevölkerung. Gestorben sind 487 männliche und 419 weibliche Personen. Dem Lebensalter nach starben 236 (26,04 Prozent) im Alter von über 60 Jahre, 324 (35,75 Prozent) im Alter von 20—60 Jahren, 44 (4,85 Prozent) im Alter von 10—20 Jahren, 75 (8,27 Prozent) im Alter von 1—10 Jahren und 234 (25,82 Prozent) Kinder bis zu einem Jahre. Die größte Sterbeziffer weist der Monat Oktober — 78, die kleinste der Monat November — 48. Die Zahl der Eheschließungen betrug im Jahre 1932 381. Die wenigsten Trauungen wurden im Mai — 22, die meisten im April, November und Dezember — je 40 vollzogen. Das Thorner Meldamt registrierte im Jahre 1932 — 13 738 Anmeldungen, 12 314 Abmeldungen und 25 418 Ummeldungen. Die meisten

Anmeldungen erfolgten im September — 2062, die wenigsten im Februar — 487, die meisten Abmeldungen im Oktober — 1597, die wenigsten im Januar — 569. Die Einwohnerzahl der Stadt betrug am 31. Dezember vorigen Jahres 55 766 Seelen, d. h. sie vergrößerte sich um 1486 Personen oder um 2,73 Prozent.

v. Die Thorner Feuerwehr wurde im Jahre 1932 — 60 mal zu Bränden alarmiert. Es ereigneten sich 4 Großfeuer, 11 mittlere und 27 kleine Brände, sowie 8 Schornsteinbrände. Hilfeleistung gewährte die Feuerwehr in 6 Fällen bei Rohrbrüchen usw. und in 6 anderen Fällen. Durch böswilligen Alarm wurde die Wehr 9 mal grundlos alarmiert. Außerdem wurde die Wehr 33 mal zu Übungen alarmiert und führte 27 Feuerlöschübungen durch. In 98 Fällen wurden Revisionen auf Brandgefahr und Sicherheit vorgenommen, in 420 Fällen Theater-Brandwachen und 7 mal andere Brandwachen gestellt. Desinfektionen von Wohn- und anderen Räumen wurden 348 mal und von Automobilen in 222 Fällen ausgeführt.

* Der letzte Sonntagsgottesdienst der hiesigen Reformierten Gemeinde war eine Gedenkfeier an die vor 30 Jahren erfolgte Grundsteinlegung ihrer neuen Kirche. Pfarrer Anussek wies in seiner Predigt über Ephefer 2,19 ff. auf die wechselvolle Geschichte der Gemeinde hin. Danach reichen ihre Anfänge zurück bis in die Mitte des 16. Jahrhunderts. Zwar hatte sie oft genug nicht ein eigenes Gotteshaus und war — so um 1586 Gast in der damals evangelischen Kirche St. Marien und in der alten Georgenkirche. Später besaß sie ein Grundstück in der Breitenstraße — jetzt Firma Kantordomicz — und richtete sich einen Andachtsraum ein. Erst zu Beginn dieses Jahrhunderts erwarb die Gemeinde einen Platz an der Eplanade, auf dem dann am 18. 6. 1903 die feierliche Grundsteinlegung im Beisein von Vertretern der Staats- und Stadtbehörden erfolgte. So wie die Gemeinde oft Gastfreundschaft erfuhr — eine Zeitlang fand der Gottesdienst in der Aula des Staatl. Gymnasiums statt — so übt sie auch gerne Gastfreundschaft, und oft genug sind andere Gemeinden bei ihr aufgenommen worden. Auch dieser Gedenkfeier wohnten zahlreiche Gäste aus anderen evangelischen Gemeinden bei. Sehr groß ist die Zahl der Reformierten hier nie gewesen, dürfte kaum die 100 überschritten haben; infolge der Abwanderung ist diese an sich schon kleine Zahl noch weiter zusammen gesunken. Erwähnenswert dürfte sein, daß zu der hiesigen Reformierten Gemeinde sich oft genug auch Glaubensgenossen aus dem angrenzenden Kongregopolen gehalten haben.

v. Wolkenbruch über Thorn. Sonntag nachmittags gegen 5 Uhr entlud sich über der Stadt ein Gewitter, das von einem heftigen, wolkenbruchartigen Regen begleitet war. Die riesigen Wassermengen ergossen sich in Bächen durch die Straßen und führten vielfach zu Überschwemmungen der Keller Räume und tiefer gelegenen Kammlichkeiten. In drei Fällen mußte die Feuerwehr den Überschwemmten zu Hilfe kommen. Glücklicherweise sind bei dem Unwetter Schäden durch Blitzschlag nicht zu verzeichnen gewesen.

v. Wieder ein Todesopfer der Weichsel. Einem tragischen Unglücksfall fiel am Sonnabend ein Angehöriger des 63. Infanterie-Regiments, der Soldat Włodzimierz Binda, zum Opfer. Zu dem Vorfall erfahren wir folgendes: In den Morgenstunden des Sonnabend fand in der Nähe der Weichselkajerne oberhalb Trepposch am rechten Ufer eine Pontonübung des Pionierjüges des 63. Inf.-Regts. statt. Während einer angeordneten Übungspause entfernte sich Binda von seinem Zuge und begab sich in das Wasser, das an dieser Stelle als ganz besonders gefährlich bekannt ist. Als Binda sich etwa 10 Meter vom Ufer ab befand, ging er plötzlich unter und ertrank. An der Suche nach der Leiche des Ertrunkenen beteiligte sich auch das Motorboot der Wasserpolizei. Obwohl die Suche auch am Sonntag fortgesetzt wurde, konnte der Leichnam des auf so tragische Weise aus dem Leben Geschiedenen bisher nicht gefunden werden.

* Wegen kommunistischer Umtriebe hatten sich der 32-jährige Lehrer i. R. Stanislaw Kalinowski und der 25-jährige Buchhalter Josef Sikora, beide aus Warschau, vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten. Nach durchgeführter Verhandlung, die unter dem

Bei fahler, grangelber Hautfärbung, Mattigkeit der Augen, üblem Befinden, trauriger Gemütsstimmung, schweren Träumen ist es ratsam, einige Tage hindurch früh nüchtern ein Glas natürliches „Franz-Josef“-Bitterwasser zu trinken. Ärztlich best. empf.

Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, verurteilte das Gericht Kalinowski zu 3 Jahren und Sikora zu 2 Jahren Gefängnis. Außerdem erkannte das Gericht bei beiden Angeklagten auf den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 4 Jahre.

* Neben 6 Eigentumsvergehen und einem Einbruchversuch in das Goldwarengeschäft von Ernst Nasilowski, Altstädtischer Markt 1, verzeichnet der Polizeibericht vom Sonnabend und Sonntag 8 Protokollaufnahmen wegen Übertretungen der polizeilichen Verwaltungsvorschriften, sowie 2 Protokollaufnahmen wegen anderer Gesetzesverstöße. — Verhaftet wurden: 3 Personen unter Diebstahlsverdacht, 1 Person wegen Inverbindungsetzung mit einem Untersuchungsgesangenen, und schließlich 2 weibliche Personen wegen Trunkenheit. Die Verhafteten wurden den Gerichtsbehörden bzw. der Burgstrafe zugeführt. Außerdem erfolgte die Festnahme von 4 Trunkenbolden, die nach erfolgter Ernüchterung wieder entlassen wurden.

* Groß Bösendorf, 18. Juni. Zu einer besonderen Feierstunde waren heute ev. Gemeinde und Kinder vereinigt. Die Neukonfirmierten, die bisher den Kindergottesdienst besucht hatten, wurden aus dem Kreise ihrer Kameraden verabschiedet. Unter Glockenläuten und Orgelklang zogen die Kinder in die Kirche ein, die Neukonfirmierten durch Konfirmanden des nächsten Jahrgangs geleitet, um auf den vorderen Bänken Platz zu nehmen. In Gedichten gaben sechs Mädchen Zeugnis vom Wert und von der Bedeutung des Kindergottesdienstes für das Leben. Nach einer Ansprache des Pfarrers traten die Neukonfirmierten vor den Altar, wo sie einzeln aus dem Kindergottesdienst verabschiedet wurden, worauf die Gemeinde ihren Segenswunsch mit dem Liede „Zieht in Frieden eure Pfade“ zum Ausdruck brachte. Ergriffen folgten Große und Kleine der Feier, die für manch einen den Abschied aus den goldenen Tagen der Kindheit und den Eintritt in das Leben mit seinen Stürmen und Kämpfen bedeutete.

v. Culmsee (Chelmza), 19. Juni. In der Zeit vom 1. bis 31. Mai d. J. gelangten beim hiesigen Standesamt 32 eheliche Geburten (19 Knaben und 13 Mädchen), eine eheliche Zwillinggeburt von Mädchen, 2 uneheliche Geburten von Mädchen sowie die Totgeburt eines Knaben zur Anmeldung und Registrierung. Die Zahl der Todesfälle betrug 17 (8 männliche und 9 weibliche Personen), darunter 4 Personen über 50 Jahre und 6 Kinder im ersten Lebensjahr. Im gleichen Zeitraum wurden 4 Eheschließungen vollzogen.

v. Gdingen (Gdynia), 18. Juni. Eine blutige Schlägerei entstand gestern bei einem Tanzvergnügen. Einem Mädchen wegen gerieten zwei Arbeiter in Streit, wobei M. Kiercki durch Messerstiche schwer verletzt wurde. Den Verletzten brachte man sofort ins Krankenhaus, wo er kurz darauf verstarb.

Vom Auto überfahren wurde die 13-jährige Wanda Goss in der Johannesstraße, als sie den Fahrdamm überqueren wollte. Sie wurde so schwer verletzt, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

Der Beamte S. Bartnik nahm infolge Unachtsamkeit eine zu große Dosis Schlafmittel zu sich und zog sich hierbei eine schwere Vergiftung zu. Im bewußungslosen Zustande wurde er ins Krankenhaus gebracht.

Bestohlen wurde gestern der Beamte Anton Dolna in der Danzigerstraße wohnhaft. Mittels Nachschlüssels drangen bisher unermittelte Diebe in die verschlossene Wohnung ein und stahlen Kleider, Wäsche und anderes im Gesamtwerte von etwa 600 Zloty.

Selbstmord zu begehen versuchte heute durch Erhängen der Arbeitslose S. Koznicki. Passanten retteten noch rechtzeitig den Lebensmüden.

Feuer entstand aus bisher unbekannter Ursache im Hause des A. Domanski, wo eine Holzwand in Brand

Thorn.

Albert Heise im 66. Lebensjahre. Dieses zeigen, um stille Teilnahme bittend, an Marie Dobschlaff Ewald Dobschlaff Albert Heise Franz Heise Walter Heise und Enkel Ewald. W. Nieszawka, den 19. Juni 1933. Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 22. d. Mts., nachm. 1/4 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Sirniz, holl. Str. 1.60, 5-Zimmerwohnung, 1. Etg., Saerota, sofort zu verm. Offert. unter E. 1222 an Ann.-Expedit. Wallis, Toruń, 4240. Zwei Schüler finden in meiner gut eingeführten Pension (inkl. Aufnahme) 1821 Frau E. Kleiner, Brotha 30, 11.

Hebamme erteilt Rat, nimmt Bestellung entgegen. Distret. zugehörig. Friedrich, Toruń, sw. Jakoba 15. 4626. Zähler mit eigenem Werkzeug, sucht Beschäftig. Ang. u. E. 1335 an An.-Exp. Wallis, Toruń, erb. 4668. Kaufe Gold u. Silber, Hoffmann, Goldschm., Meister, Pietary 12. Anzüge, erstklassig, modern, fertigt billigst an 4745. Wilh. Wozny, Piekary 13. Piano, freuzsaitig, erbittet Preisangebot. Zabel, Toruń, Kazim. Jagiellończyka 8. 4825

Graudenz. An alle ehem. Schüler d. Goethe-Schule! Donnerstag, den 22. Juli, abends 7 Uhr, in der Goethe-Schule. 4877. Aussprache verbunden mit Abiturientenfeier. Verein ehem. Schüler d. St. Privat-Gymnas. Emil Romey Papierhandlung Toruńska Nr. 16 Telef. Nr. 438. 4462. Musikunterricht erteilt Karl-Julius Meissner, Mickiewiczza 29. Lehrling Sohn achtbarer Eltern, mögl. vom Lande, für Kolonialwar.-Geschäft in Grudzjadz gesucht. Offerten unter Nr. 4846 an Emil Romey, Grudzjadz, erbeten. Eva L. Wirtshafterin, nicht unt. 30 J., f. Stadthaus, vom 1. Juli gel. Angeb. unt. Nr. 4876 an Emil Romey, Grudzjadz, Toruńska 16, erbeten. 4875. Der Vorstand.

Ideen verkündeten. Kaum handelte es sich aber darum, von den allgemeinen Thesen zur praktischen Anwendung überzugehen, da begann gleich die Geschichte mit dem Turm von Babel. Das ist der gemeinsame Eindruck der polnischen Korrespondenten. Über einige haben — zum Nutzen der Leser ihres Blattes — darüber hinaus noch etwas Besonderes bemerkt.

Dr. Ferdynand Zweig vom Krakauer „Nustrowany Kurjer Codzienny“ berichtet z. B., daß die Konferenz nur formell eine Weltkonferenz sei; im Grunde sei sie eine anglo-französisch-amerikanische Konferenz. Es werde ausdrücklich

ein wirtschaftlicher Drei-Mächte-Pakt

vorbereitet, der — wenn er zustande kommt — über das Schicksal der Konferenz entscheiden werde. Die Gefahr dieses Paktes für die anderen Staaten bestehe darin, daß er möglicherweise (mehr als möglicherweise) die Interessen der am Pakte nicht beteiligten Staaten unberücksichtigt lassen werde.

Damit ist also die „Gefahr“ signalisiert, welche die Sache interessant machen soll. Das schafft die nötige dramatische Spannung.

Der selbe Korrespondent belehrt den aufmerksamen Leser dahin, daß auf der Weltwirtschaftskonferenz nicht das Wichtigste sei, was öffentlich gesagt werde, sondern was hinter den Kulissen geschieht. Das aber, was hinter den Kulissen geschieht, wird entscheidend dadurch beeinflusst, was gleichzeitig in der Welt draußen, also außerhalb der Weltwirtschaftskonferenz geschieht. Die von der ganzen Welt beobachtete Konferenz beobachtet ihrerseits die dramatischen Begebenheiten und Konflikte: wie die Verhandlungen in der Frage des deutschen Transfers, die in der „City“ geführt werden, den Konflikt Roosevelts mit dem amerikanischen Kongress (der die Londoner Konferenz zu sprengen drohte), wie schließlich das Ringen Stillers mit dem „kleinen Napoleon“ (Dollfuß): man beobachtet, um sich nach den angestellten Beobachtungen zu richten. Die Konferenz als Beobachter — wie interessant!..

Wie verhält sich indessen die polnische Delegation unter der Leitung des Vizeministers Koc? Sie hat sich selbst schon im voraus die Rolle auferlegt, bloß zu beobachten. Die offizielle Bezeichnung lautet, daß sie lediglich einen technisch-wirtschaftlichen, doch keinen politisch-wirtschaftlichen Charakter habe. Ihre Vollmachten sind nur auf die Teilnahme an den Beratungen beschränkt, erstrecken sich also nicht auf die Unterzeichnung von Konferenz-Akten.

Dem liegt irgendeine Politik zu Grunde, welche jedoch nicht allen Sterblichen in Polen einleuchtet. Sie leuchtet u. a. auch dem Herrn Professor Rybarski nicht ein, der in der nationaldemokratischen „Gazeta Warszawska“ an der Haltung der polnischen Delegation Kritik übt. Professor Rybarski ist der Ansicht, daß die Delegation eines jeden auf der Konferenz vertretenen Staates einen politischen Charakter habe und zwar ohne Rücksicht auf den Bereich der Vollmachten. Es kommt ihm sonderbar vor, daß sich nur die polnische Delegation auf eine Beobachterrolle beschränken wolle. Sie hat übrigens diese Rolle in der Rede des Vizeministers Koc überschritten, die dem Führer des Nationalen Klubs den ermunternden Anlaß zu einem oppositionellen Ausfall und einigen richtigen Bemerkungen bietet. Prof. Rybarski führt aus:

„Der Viceminister Koc sprach vor allem über Polen, über dessen finanzielle Lage und Finanzpolitik. Er erwähnte u. a., daß „Polen nur auf die eigenen Kräfte gerechnet und es vermieden hätte, seine Wirtschaft auf Anleihen zu stützen“.

„War es so in Wahrheit? Während einiger Jahre hatte man doch die Heranziehung großer Massen von ausländischen Kapitalien nach Polen als Regierungserfolg verkündet. Nach dem Abschluß der Stabilisierungsanleihe im Jahre 1927, bei deren Realisierung Polen gewisse innerwirtschaftliche Verpflichtungen den Gläubigern gegenüber übernehmen mußte, sollte sich doch das ausländische Kapital durch Türen und Fenster nach Polen drängen! Wenn man die Fortschritte des ausländischen Kapitals in unserer Wirtschaft während der letzten Jahre beobachtet, dann sieht man mit großer Verwunderung die Behauptung, daß „Polen nur auf die eigenen Kräfte gerechnet hätte“. Die Zahlen unserer Auslandsverpflichtungen, welche die Zahlungsbilanz Polens belasten, scheinen etwas anderes zu beweisen. Und wenn Polen wirklich ausländische Anleihen so gemieden hätte, zu welchem Zwecke haben dann die Vertreter des Finanzministeriums fortwährend Reisen nach Paris und nach anderen Finanzzentren unternommen? Gegen ausländische Anleihen kann man sich sehr erfolgreich wehren, wenn man die Räume in der Rybarskagasse nicht verläßt.“

„Professor Rybarski schätzt auch die anderen Ausführungen des Vizeministers Koc, vor allem diejenigen, welche der internationalen Wirtschafts- und Finanzlage galten, nicht hoch ein. Seine kritischen Äußerungen lauten:

„Die Ansichten des Vizeministers sind sehr liberal. Durch die Stabilisierung der Währung will er den internationalen Finanzmarkt beleben. Er ist für die Rückkehr des Vertrauens, für die Aufhebung der Währungsbeschränkungen; denn es handelte sich dabei überall um Reglementationsmaßnahmen, welche das internationale Wirtschaftsleben droffeln, beschränken, wenn nicht gänzlich abschaffen.“

„Man hat dies schon auf mancher Konferenz gehört — spottet Prof. Rybarski —; man könnte, statt derlei Ansichten durch einen lebendigen Menschen verkünden zu lassen, ein Grammophon aufstellen, das diese glatten Sätze über das internationale Vertrauen, die Steigerung der Umsätze, die Aufhebung der internationalen Beschränkungen u. dgl. wiederholen würde. Diese Ansichten zielen in u. dgl. denn die Förderung der internationalen wirtschaftlichen Bindungen, der Zerfall der Weltwirtschaft hat seine tiefen Quellen, welche durch Berge von Beschlüssen internationaler Konferenzen nicht zuzuschütten sind.“

Jede nationale Wirtschaft, jedes Imperium will seine eigene Politik führen — so läuft nun einmal die Entwicklung im 20. Jahrhundert.“

„Der Chef der polnischen Delegation — so fährt Professor Rybarski fort — warnte außerdem vor Illusionen bezüglich der Möglichkeit einer allgemeinen Preisserhöhung. Überwiegend wird das Ansteigen der Preise für den Wendepunkt in der Krise gehalten. Deshalb haben die Vereinigten Staaten den Goldstandard aufgegeben. Die polnische Warnung ist zu spät gekommen. Aber wir haben keinen Grund, uns darüber Sorgen zu machen und man kann überhaupt die Frage des Preisniveaus nicht

als ein in der ganzen Welt einheitliches Problem stellen. Wenn der internationale Austausch nicht übermäßig zusammenzustrumpfen soll, müssen die Preise in den Kapitalausführenden Ländern höher, in den Schuldnerländern dagegen niedriger sein; andernfalls würden die Schuldnerländer die Kosten des entliehenen Kapitals nicht tragen und ihren Export nicht steigern können. Wenn die Preise in den westlichen Ländern steigen, können wir davon profitieren.“

Nach dieser Nachweise, daß Vizeminister Koc (oder das Gremium seiner sachmännischen Berater) in dieser wichtigen Frage stark daneben geschossen hat, schließt Prof. Rybarski mit folgendem Aphorismus:

„Es ist manchmal besser, an die eigenen Probleme, die eine Entscheidung erheischen, zu

Hitler will Bodelschwingh nicht empfangen.

Neue Erklärungen zur Bischofsfrage.

Die Auseinandersetzungen in der Frage des Reichsbischofs sind erneut aufgelebt. Die Haltung der beiden Teile — auf der einen Seite der Glaubensbewegung Deutscher Christen, auf der anderen der Kirchenregierungen — wird beleuchtet durch eine Reihe von Erklärungen, die im Laufe des gestrigen Tages von den beteiligten Stellen veröffentlicht worden sind.

Wehrkreispfarrer Müller an den Dreier-Ausschuß.

Zunächst wurde ein Schreiben bekanntgegeben, das der Bevollmächtigte des Reichskanzlers, Wehrkreispfarrer Müller, am 15. Juni an die Bevollmächtigten der Kirchen gerichtet hat. Es lautet:

„In Ergänzung meines Schreibens vom 2. d. M. teile ich ergebenst folgendes mit: Der Herr Reichskanzler hat mir sein außerordentliches Bedauern darüber ausgedrückt, daß die Arbeiten für den Neubau der deutschen evangelischen Kirche eine schwierige und durchaus unliebsame Entwicklung genommen haben. Er hat meine Bitte, die Herren Bevollmächtigten zu empfangen, abgelehnt. Er lehnt auch den Empfang des Herrn Pastors D. von Bodelschwingh ab. Ein Empfang beim Herrn Reichspräsidenten ist zur Zeit ebenfalls nicht möglich.“

Meines Erachtens ist die Lage zur Zeit die, daß Herr Pastor D. von Bodelschwingh von den Beauftragten der Kirchenbündnisse und zusammengeschlossenen evangelischen Landeskirchen als Reichsbischof zwar in Aussicht genommen ist, daß aber ein anerkanntes Reichsbischofsamt noch nicht besteht, solange nicht die Verfassung der deutschen evangelischen Kirche in Kraft ist. Diese Verfassung bedarf der Zustimmung des Reichsvolkes wie der Zustimmung des Reiches. Es sollte deshalb zur Klärung und Entspannung der Lage vorstehende Tatsache bekanntgegeben und dabei betont werden, daß ein allgemein anerkanntes Reichsbischofsamt zur Zeit noch nicht besteht. Es wird dankbar begrüßt, wenn die neuen Verhandlungen zwischen dem Dreier-Ausschuß und dem Bevollmächtigten des Kanzlers das Ziel verfolgen, in allen Landeskirchen neue Wahlen vorzubereiten oder einen anderen Ausweg aus den bestehenden Schwierigkeiten zu finden.“

Abschließende Erklärung der kirchlichen Bevollmächtigten.

Ferner wurde als abschließende Erklärung der Bevollmächtigten des Kirchenbundes zur Rechtslage in der Bischofsfrage von zuständiger kirchlicher Seite folgendes veröffentlicht:

„Gegenüber den öffentlichen Erörterungen, die sich mit der Rechtslage in der Bischofsfrage beschäftigten, geben die Bevollmächtigten des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes folgende abschließende Erklärung ab:

Der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchenbundesrats ist am 27. April unter Zustimmung des Kirchenbundesrats einmütig bevollmächtigt worden, eine neue Verfassung des deutschen Protestantismus herbeizuführen. Bisher ist er zu allen durch die Neuordnung des Staatswesens veranlaßten, für das Wohl des deutschen Gesamtprotestantismus erforderlichen Maßnahmen sowie zu den gebotenen Erklärungen bei den Reichs- und Landesbehörden und anderen Stellen des öffentlichen Lebens beauftragt. Die Rechtsgültigkeit seiner Vollmacht steht danach einwandfrei fest.“

Im Rahmen dieser Vollmacht hat der Präsident des Kirchenbundesrats zunächst den Landesbischof D. Marahrens und den Direktor D. Hesse an seine Seite gerufen. Im Rahmen der Vollmacht sind ferner in Vöccum Grundzüge einer künftigen Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche entworfen worden. Sie haben allgemeine Zustimmung gefunden. Die Grundzüge stellen fest, daß die künftige Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche das Amt eines Reichsbischofs vorsieht.“

Die kirchenpolitischen Ereignisse der letzten Wochen geboten es, den künftigen ersten Amtsträger schon jetzt zu bestimmen und seine Mitwirkung beim Ausbau der Verfassung zu gewinnen. Durch die Nominierung des Pastors D. von Bodelschwingh zum Reichsbischof der werdenden Deutschen Evangelischen Kirche ist dieser Schritt getan worden. Die dadurch bezweckte Förderung des Verfassungswerkes hielt sich vollkommen im Rahmen des dem Präsidenten des Kirchenbundesrats erteilten Auftrages. Mit überwältigender Mehrheit haben die Bevollmächtigten der Landeskirchen nachträglich dazu ihre Zustimmung gegeben. Sie haben sich damit, soweit es im Stadium der schwebenden Verfassungslage möglich ist, auf die Person des ersten Reichsbischofs mit bindender Wirkung geeinigt. D. von Bodelschwingh hat demgemäß die ausdrückliche Aufgabe erhalten, seine Tätigkeit sofort aufzunehmen, die bis zur neuen Verfassung nicht in rechtlichen Kompetenzen, sondern in autoritärem Wirken in der Öffentlichkeit besteht.“

Eine Verfassungsänderung des Kirchenbundes ist damit natürlich noch nicht vollzogen. Alle Erörterungen, ob die Vollmacht des Präsidenten des Kirchenbundesrats das Recht zu Verfassungsänderungen in sich schließt, sind deshalb abwegig. Aber ebenso zweifellos ist es, daß der zum Reichsbischof der werdenden Deutschen Evangelischen Kirche bestimmte Theologe berechtigt und — da er die Nominierung zu jenem Amt seinerzeit

denken, als der ganzen Welt-Ratschläge zu erteilen.“

Über der Welt-Ratschläge zu geben, ist viel leichter und angenehmer. Dieses Vergnügen leistet man sich auf der Weltwirtschaftskonferenz massenhaft. Mit anderen Staaten verglichen, frönt Polen diesem Vergnügen verhältnismäßig noch in bescheidenem Maße.

Man erteilt sich gegenseitig Ratschläge, von deren Nichtbefolgung man im voraus überzeugt ist; insobedessen ist man pessimistisch gestimmt. Dieser Pessimismus gelangt durch die Korrespondenten in die Presse, welche ihrerseits das Weltpublikum darüber stimmt. Das düster gestimmte Weltpublikum beobachtet die Weltkonferenz, die wiederum ebenfalls beobachtet ...

Stimmt das — oder stimmt das etwa nicht?

angenommen hat — auch gehalten ist, seine ganze Kraft für die Erfüllung der ihm übertragenen Aufgaben, insbesondere für die Durchführung des Verfassungswerkes einzusetzen. Aus demselben Grunde sind der Präsident des Kirchenbundesrats und seine Mitarbeiter berechtigt und verpflichtet, ihm bei der Durchführung ihres Auftrages jede mögliche Mitwirkung einzuräumen.“

Mit dieser Klarstellung sehen die kirchlichen Amtsstellen die Erörterung über die Rechtslage der Bischofsfrage ihrerseits als abgeschlossen an.“

Maßnahmen der Kirchenleitung.

In dem Schreiben von Wehrkreispfarrer Müller an die Bevollmächtigten der Kirchen wird von zuständiger kirchlicher Seite erklärt, daß die Veröffentlichung dieses Schreibens die kirchlichen Amtsstellen zu den erforderlichen Maßnahmen gezwungen hat. Welche Maßnahmen damit gemeint sind, wurde noch nicht gesagt.

Protestaktion der „Deutschen Christen“.

Die Berliner Organisation der Glaubensbewegung Deutsche Christen veranstaltete am Sonnabend einen Protest-Aufmarsch gegen die Benennung Bodelschwinghs zum Reichsbischof. Wehrkreispfarrer Müller erklärte, die Deutschen Christen wollten keine Politik in die Kirche tragen, sondern durch entscheidenden Einfluß die neue Volkskammeradschaft auch seelisch untermanern. Der Reichspropagandaleiter, Pfarrer Kessel, führte aus, die Deutschen Christen seien die Kirche von heute und morgen und beanspruchten die Führung. Pfarrer Kessel sagte weiter: „Wir möchten aus dem Grunde bitten, daß Bodelschwingh sich von seinem Posten zurückzieht, weil in unserer Hand sich Schriftstücke befinden, die darauf hindeuten, daß Bodelschwingh sich in den Geist des neuen Deutschland noch nicht hat hineinleben können.“

Am 27. Juni sollen in Groß-Berlin 19 Massenkundgebungen veranstaltet werden, die sich gegen die Ernennung Bodelschwinghs zum Reichsbischof richten.

Der Reichsbischof weist den Vorwurf der Reaktion zurück.

Von der Kanzlei des Reichsbischofs erging folgende Mitteilung:

„In einer Form, die in breitesten Kreisen schon auf scharfe Ablehnung gestoßen ist, wird gegen D. von Bodelschwingh der unbegründete Vorwurf der Reaktion erhoben. Da diese Darstellung offenbar planmäßig verbreitet und wiederholt wird, gibt der Reichsbischof folgendes bekannt: Die immer wieder erhobenen Vorwürfe, daß die Reaktion sich hinter mir verstecke, erkläre ich in allem Ernst vor der deutschen Öffentlichkeit für unwahr. Wer mich kennt, weiß, daß ich mit Reaktion nichts zu tun habe. Die bisher von mir verrichtete Arbeit hatte darin ihr Merkmal, daß sie für alles Neue offen war und entschlossen, es in den Dienst unseres Volkes zu stellen. In diesem Sinne werde ich vorwärtsschauend auch mein jetziges Amt führen.“

Korrespondenzmeldungen zufolge hat in Kreisen der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ die Tatsache Aufsehen erregt, daß D. von Bodelschwingh bereits in einem ausführlichen Programm zur Frage der Seelsorge im Arbeitsdienst Stellung genommen hat. Demgegenüber sei darauf hinzuweisen, daß bisher noch keineswegs feststehe, ob die maßgebenden Stellen der Frage der Bestätigung D. von Bodelschwinghs bejahend gegenüberstünden. Die Angelegenheit der Bestätigung des ersten Reichsbischofs sei durchaus noch nicht entschieden. Die „Deutschen Christen“ hätten Anlaß zu der Annahme, daß ihre Auffassung an zuständige Stellen durchbringen würde. Dies ergebe sich z. B. auch daraus, daß die Stellen der bisherigen Kirchenregierung zugunsten der „Deutschen Christen“ bei der Ausgestaltung der religiösen Veranstaltung der deutschen Sender jetzt ausgeschaltet worden seien.

Am Freitag abend fand in der Rostocker Universitätskirche eine Kundgebung der „Deutschen Christen“ statt, auf der Pfarrer Hoffenfelder sprach.

Diese Versammlung war von dem Rektor mit der Begründung verboten worden, daß sie dem vereinbarten Burgfrieden widerspreche. Die nationalsozialistischen Protestkundgebungen gegen diesen Beschluß hatten eine kurze Einstellung der Vorlesungen zur Folge. Nach einer Aussprache mit dem Rektor wurde durch Ministerpräsident Grawow das Verbot aufgehoben.

Der bayerische Pfarrerverein hat im Anschluß an die Einführung des neuen bayerischen Landesbischofs D. G. Meiser (der bekanntlich den Nationalsozialisten nahesteht) eine Entschließung zum Streit um den Reichsbischof gefaßt, in der es zum Schluß heißt:

„Wir lehnen die Lösung der Bischofsfrage durch Urwahlen ab und verwerfen das Handeln nach kirchenfremden Gesichtspunkten in der Kirche.“

